

Ende 2016 unterzeichneten die kolumbianische Regierung und die FARC-Guerilla ein international als „historisch“ bewertetes Friedensabkommen. Es zielt auf die Überwindung wesentlicher Konfliktursachen ab, doch die angestrebten Veränderungen stoßen auch auf gesellschaftliche Widerstände und stellen das Land vor große Herausforderungen. Die Sicht auf den Friedensprozess in Kolumbien ist polarisiert.

Ein Ziel des Friedensabkommens ist erreicht: Mehr als 13.000 Kämpfer*innen der FARC-Guerilla haben ihre Waffen niedergelegt. Doch mit Iván Duque wurde 2018 ein Kritiker des Friedensabkommens zum Präsidenten gewählt. Der fehlende politische Wille, aber auch die Corona Pandemie haben zu großen Verzögerungen bei der Umsetzung geführt. Dem Monitoring des Kroc-Instituts zufolge wurden bis Oktober 2021 30 % der Maßnahmen vollständig, 18 % teilweise und 52 % minimal oder gar nicht umgesetzt.¹ **Die größten Fortschritte wurden bei der Beendigung des Konfliktes (Waffenstillstand, Demobilisierung) erreicht. Eine große Lücke gibt es bei der Zerschlagung bewaffneter Gruppen sowie der Schaffung von Sicherheitsgarantien für Bürgerbeteiligung.** Aufgrund der fehlenden staatlichen Präsenz übernahmen bewaffnete Akteure, wie die Guerillagruppe ELN, paramilitärische Gruppen, FARC-Dissidenten und Drogenkartelle die ehemals von der FARC kontrollierten Gebiete. Sich für den Frieden in Kolumbien einzusetzen, ist gefährlich. Allein 2021 registrierte die NRO INDEPAZ die Morde an ca. 170 Friedens- und Menschenrechtsaktivist*innen und von über 40 Demobilisierten der FARC sowie über 90 Massaker.² *(s. hierzu Factsheet zu Menschenrechtsverteidiger*innen)* Eine engagierte Zivilgesellschaft, darunter viele Partnerorganisationen der Menschenrechtskoordination Kolumbien (MRKK), setzt sich allen Bedrohungen zum Trotz für die Umsetzung des Friedensabkommens

ein. Der Frieden ist fragil und es bedarf großer nationaler und internationaler Anstrengung, um das Erreichte zu sichern und die Umsetzung voranzutreiben.

Landfrage und Drogenproblematik: strukturelle Konfliktursachen

Das Kapitel über ländliche Reformen zielt darauf ab, die Ungleichheit in der Landverteilung zu verringern und die ländliche Entwicklung zu fördern. In Jahrzehnten der Vertreibung wurden ca. 8 Millionen Hektar Land gewaltsam umverteilt und über 8,3 Millionen Menschen zu Binnenvertriebenen. Das Abkommen sieht u.a. die Umverteilung staatlichen Landes, die Formalisierung von Landtiteln, die Förderung von Kleinbäuer*innen und die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur vor. Bis 2021 wurden laut Kroc-Institut jedoch nur 4 % der Maßnahmen vollständig umgesetzt. Eng verknüpft mit der Landfrage ist die Drogenproblematik, Kapitel 4 des Abkommens. Aufgrund fehlender staatlicher Unterstützung für legale Anbauprodukte sowie auf Druck der Drogenmafia haben sich Kleinbäuer*innen vielfach (wieder) dem Anbau von Koka-Pflanzen zugewandt. Verarbeitung und Transport werden von illegalen Gruppen übernommen. Drogengelder finanzieren somit maßgeblich den bewaffneten Konflikt. Laut Friedensvertrag sollen durch freiwillige Substitutionsprogramme (PNIS) der Drogenanbau zurückgedrängt und Kleinbäuer*innen dabei unterstützt werden, auf legale landwirtschaftliche Produktion umzusteigen. Allerdings haben bis Ende 2021 nur 2 % der über 80.000 beim PNIS registrierten Familien längerfristige fachliche Begleitung bekommen.

(s. hierzu auch Factsheet Land)

Politische Teilhabe: Historische Bedeutung

Kapitel 2 des Friedensvertrags behandelt die Themen Partizipation und Demokratisierung, Positivist zu beurteilen, dass die FARC sich in eine Partei (Comunes) umgewandelt hat und ohne Gewalt im legalen politischen Prozess für



© Bianca Bauer



ihre Ziele streitet. Sehr schwierig für effektive Partizipation bleibt die Ermordung von FARC Demobilisierten³ sowie von Menschenrechts- und Friedensaktivist*innen. Die gewaltsame Unterdrückung von sozialen Protesten durch die kolumbianische Regierung verdeutlicht, dass keine Fortschritte beim Schutz des Rechts auf Protest gemacht wurden. Schutz und Sicherheitsgarantien für politische Akteure werden kaum vorangebracht. Nur 14 % der zum Thema Partizipation im Friedensvertrag beschlossenen Maßnahmen wurden laut Kroc-Institut bis Oktober 2021 vollständig umgesetzt, während 72 % minimal oder gar nicht vorangebracht wurden.

Die Opfer ins Zentrum stellen: das Integrale System für Wahrheit, Gerechtigkeit, Entschädigung und Garantien der Nicht-Wiederholung (SIVJRNR)

Das SIVJRNR ist ein Kernelement des Friedensvertrags und soll zu einer ganzheitlichen Aufarbeitung der Gewalt beitragen. Die Institutionen der Übergangsjustiz wurden international gefeiert, sind in Kolumbien aber Anfeindungen ausgesetzt.

Die Wahrheitskommission (CEV) wird am 27. Juni 2022 ihren Bericht vorstellen und danach verbreiten. Sie hat fast 25.000 Zeug*innenberichte gesammelt⁴ und eine Vielzahl öffentlicher Anhörungen zu verschiedenen Themen und Regionen durchgeführt. Immer wieder sah sich die Kommission Anfeindungen ausgesetzt, auch aus Regierungskreisen.

Die Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP) soll u.a. den legalen Status der ehemaligen FARC-Kämpfer*innen klären, sowie die Verbrechen der FARC und anderer Konfliktakteure, aber auch Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte aufarbeiten und somit einen Beitrag gegen die Straflosigkeit leisten. Täter*innen, die aktiv zur Wahrheitsfindung beitragen, können auf eine mildere, alternative Strafe hoffen. Letztere soll auch der Entschädigung

der Opfer dienen, z.B. die Mitarbeit bei Minenräumung. Die Sondergerichtsbarkeit hat bis Ende 2021 sieben Makrofälle eröffnet, z.B. zu Entführungen durch die FARC-Guerilla oder zu außergerichtlichen Hinrichtungen durch staatliche Sicherheitskräfte. Sie hat ein Mandat für 15 Jahre, verlängerbar auf maximal 20 Jahre.

Die Suche nach den Verschwundenen (UBPD) hat im Mai 2020 einen Plan für die Suche nach den mehr als 80.000 Verschwundenen entwickelt, der die Angehörigen einbezieht.

Ebenso wurde das Gesetz 1448 für Opferentschädigung und Landrückgabe bis 2031 verlängert.

Gender als Querschnittsthema und das ethnische Kapitel
Wegweisend ist die Verankerung eines Genderfokus im Friedensabkommen. 130 Bestimmungen widmen sich Genderaspekten. Jedoch blieb laut Kroc-Institut deren Umsetzung signifikant hinter den Erwartungen zurück.⁵ Ähnliches gilt für Maßnahmen mit Fokus auf ethnische Gruppen, welche überproportional vom bewaffneten Konflikt betroffen sind.

Deutsche und Europäische Unterstützung

Deutschland und die EU haben den Friedensvertrag von Anfang an politisch und finanziell unterstützt. **Laut Homepage des BMZ haben „Die Regierungen von Deutschland und Kolumbien (...) vereinbart, dass die deutschen Darlehen im Bereich Frieden nur ausgezahlt werden, wenn die kolumbianischen Friedensinstitutionen ungehindert arbeiten können.“**⁶ Im November 2021 unterzeichneten Deutschland und Kolumbien allerdings eine Absprache über die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, trotz systematischer und ungeahndeter Menschenrechtsverletzungen kolumbianischer Sicherheitskräfte.

1. Im Friedensvertrag wurde das Kroc-Institute mit dem Monitoring beauftragt. Vgl. Kroc Institute: Five Year Peace Agreement Implementation in Colombia. December 2021. <https://curate.nd.edu/show/0c483j36025>

2. <http://www.indepaz.org.co/>

3. Von November 2016 bis November 2021 wurden 296 ehemalige Kämpfer*innen ermordet.

4. https://comisiondelaverdad.co/images/brochure_5.pdf

5. Kroc Institute: Five Year Peace Agreement Implementation in Colombia

6. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

<https://www.bmz.de/de/laender/kolumbien/schwerpunkt-friedensentwicklung-und-konfliktpraevention-15076>

Wir empfehlen der Bundesregierung und den Mitgliedern des Bundestags:

- den Friedensprozess in Kolumbien weiterhin zu unterstützen und von der Regierung die effektivere Umsetzung des Friedensvertrags einzufordern;
- ein genaues Monitoring durchzuführen, damit deutsche und EU-Gelder im Sinne des Friedensvertrags eingesetzt werden und die kolumbianische Zivilgesellschaft stärker an Entscheidungen über die Verwendung von Mitteln beteiligt wird;
- Polizei- und militärische Kooperation mit kolumbianischen Sicherheitskräften auszusetzen;
- die Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheitskommission zu unterstützen;
- die Arbeit der Institutionen der Übergangsjustiz öffentlich zu würdigen sowie der Organisationen, die das SIVJRNR aktiv unterstützen.

